

Bildungs- und Kulturdepartement

Bahnhofstrasse 18
6002 Luzern
www.bkd.lu.ch

elektronisch an:
Staatssekretariat für Bildung, Forschung
und Innovation SBFI
Einsteinstrasse 2
3003 Bern

vernehmlassungen-BIZ@sbfi.admin.ch

Luzern, 13. Oktober 2015

Protokoll-Nr.: 1184

Stellungnahme: Bundesgesetz über die Zusammenarbeit des Bundes mit den Kantonen im Bildungsraum Schweiz (Bildungszusammenarbeitsgesetz, BiZG)

Sehr geehrte Damen und Herren

In oben genannter Angelegenheit hat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF mit Schreiben vom 25. Juni 2015 unter anderem die Kantone zu einer Stellungnahme eingeladen. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danke ich Ihnen und nehme im Namen und Auftrag des Regierungsrats zum Bildungszusammenarbeitsgesetz wie folgt Stellung:

Die bestehenden gemeinsamen Vorhaben von Bund und Kantonen erweisen sich als wertvoll für ein kohärentes Bildungssystem und die Sicherung seiner Qualität. Der Kanton Luzern unterstützt deshalb die Bestrebungen des Bundes, für die Weiterführung dieser Vorhaben eine einheitliche und auf Langfristigkeit angelegte Rechtsgrundlage zu schaffen.

Das vorgesehene Gesetz beschränkt sich darauf, die Möglichkeit einer Zusammenarbeitsvereinbarung vorzusehen. Wir weisen dennoch bereits im heutigen Zeitpunkt darauf hin, dass wir von Seiten des Bundes bei der inhaltlichen Umsetzung im Rahmen der Vereinbarung eine verlässliche Partnerschaft erwarten, auch bezüglich der zukünftigen Finanzierung der bestehenden gemeinsamen Vorhaben. Wir gehen insbesondere davon aus, dass alle im Bericht genannten gemeinsamen Projekte und Institutionen auch tatsächlich Eingang in die Vereinbarung finden werden und deren Finanzierung damit langfristig gesichert wird.

Die bisherige Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Kantonen im Rahmen der bestehenden Zuständigkeiten und durch die entsprechenden Organe funktionierte unseres Erachtens pragmatisch und partnerschaftlich. Diese gute Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Behörden soll weitergeführt werden. Zusätzliche Strukturen sowie vermehrter administrativer Aufwand durch die neue Regelung sind zu vermeiden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen bei der weiteren Behandlung der Vorlage und verweisen im Übrigen auf die Stellungnahme der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) vom 10. September 2015.

Freundliche Grüsse



Reto Wyss
Regierungspräsident
041 228 52 01
reto.wyss@lu.ch